



# Pandemie-Übung 2014: Die Schweiz war gewarnt

Auf dem Papier waren alle Massnahmen  
vorhanden, doch nicht alle wurden umgesetzt.



Helfer in der Krise: Das Spitalbataillon 66 im Kantonsspital Baselland auf dem Bruderholz.

Bild: Alexander Kühni/VBS (Binningen, 24. März 2020)

## Andreas Maurer

*Szenario-Skizze: Ein neues Grippevirus, das erstmals in Zentralasien nachgewiesen werden konnte, breitet sich in acht Wochen weltweit aus. Das Virus überträgt sich von Mensch zu Mensch und weist im Vergleich zu Pandemien*

*der letzten Jahrzehnte eine deutlich höhere Letalitätssrate auf.*

Die Sätze stammen aus dem Jahr 2014. Damals fand die erste Krisenübung statt, in die alle 26 Kantone involviert waren.

Mehrere tausend Personen standen im Einsatz. Organisiert wurde sie vom Sicherheitsverbund Schweiz, den Bund und Kantone 2010 gegründet hatten, um die Zusammenarbeit in einer Krise zu verbessern.



Ein Resultat der Übung von 2014: Die Vorsorgeplanungen der Kantone für eine Pandemie waren nicht auf dem neusten Stand. Die Erfahrungen flossen in den nationalen Pandemieplan ein. Darin sind seit Jahren alle Massnahmen beschrieben, die heute zur Anwendung kommen: von Schulschliessungen bis Veranstaltungsverboten. Festgehalten ist auch, dass die Kantone genügend medizinische Güter für den Pandemiefall lagern sollten. Explizit genannt wurden Schutzmasken und Desinfektionsmittel.

Im Mai 2018 beauftragte Verteidigungsminister Guy Parmelin den ehemaligen Direktor des Bundesamts für Gesundheit, Thomas Zeltner, mit einem Gutachten. Er sollte abklären, wie die Schweiz im Sanitätsbereich für die Bewältigung einer Krise aufgestellt sein sollte. Damit kannte sich Zeltner aus. Früher war er auch Sonderdelegierter der Weltgesundheitsorganisation WHO. Im Dezember 2018 lieferte Zeltner seinen Bericht ab. Darin steht, dass die Kantone ihre Hausaufgaben nicht gemacht hätten. Sie lagerten in ihren Spitälern nicht wie vom Bund gefordert genügend Medikamente, Medizinprodukte und Labormaterialien für einen Notstand. Zeltner schlug vor, dies in die Leistungsvereinbarungen der Kantone mit den Spitälern aufzunehmen.

Weiter hielt er fest, dass schweizweit rund 70 Spitälern für etwa 20 Milliarden Franken neu gebaut oder umgebaut werden: «Es wäre höchst sinnvoll, im Rahmen dieser Bauprojekte die zusätzlichen Bedürfnisse für

Notlagen zu berücksichtigen und in die Auftragserteilung aufzunehmen. Soweit ermittelbar, ist dies zurzeit nicht der Fall.»

Wenige Tage nachdem Zeltner seinen Bericht abgeliefert hatte, gab Parmelin sein Departement an Viola Amherd ab.

**«Die Experten haben sich die richtigen Überlegungen gemacht. Aber nicht alle Hausaufgaben wurden erledigt.»**



**André Duvillard**  
Sicherheitsverbund Schweiz

Auf ihrer Prioritätenliste stand die Kampfjetbeschaffung zuoberst. Als grösste Bedrohung nahm der Bund den IS-Terror wahr. Das Pandemieszenario war aus den Köpfen verschwunden. Fast ein Jahr verstrich.

**Mitten in der Planung wurde das Szenario Realität**

Im November 2019 beauftragte Amherd den Delegierten des Sicherheitsverbunds Schweiz, André Duvillard, Lösungsvorschläge für die im Gutachten beschriebenen Probleme auszuarbeiten. Duvillard ist in seinem

Berufsleben vielen Krisen begegnet: Er war Delegierter des Roten Kreuzes im Irak, in Israel und im Libanon. Später kommandierte er die Neuenburger Kantonspolizei.

Duvillard hatte Zeit für eine einzige Sitzung mit seiner Projektgruppe, bis das Szenario, auf das er die Schweiz vorbereitete, plötzlich Realität wurde.

Duvillard arbeitet im Home-Office in Colombier am Neuenburgersee und schildert seine Erkenntnisse in einem Telefongespräch. Er sagt: «Heute sieht man: Die Experten haben sich die richtigen Überlegungen gemacht. Auf dem Papier ist alles vorhanden. Aber nicht alle Hausaufgaben, die dort aufgeführt sind, wurden erledigt.»

Auf den Intensivstationen und in den Notlagern zeichnen sich Engpässe ab. Duvillard sagt: «Im Kalten Krieg hatten wir für alles Reserven, vom Brot bis zu Medikamenten. Dann dachte man, dass mit der Globalisierung alles immer sofort geliefert werden kann. Jetzt fehlt es uns plötzlich an einfachen Mitteln wie Ethanol für Desinfektionsmittel und an Schutzmasken.» Zuständig für die Lager wären vor allem die Kantone. Die Gesundheitsdirektoren beschäftigten sich in den vergangenen Jahren mit der Spitalplanung und Krankenkassenprämien. «Eine Krise im Gesundheitswesen war nie ein grosses Thema», sagt Duvillard.

Die Schwierigkeit besteht darin, dass sich in der Schweiz 26 Kantone um genügend Material und Ressourcen für den Krisenfall bemühen müssen. Duvil-

Hauptausgabe

Schweiz am Wochenende/Aargauer Zeitung  
5001 Aarau  
058/ 200 58 58  
<https://www.schweizamwochenende.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 72'419  
Erscheinungsweise: wöchentlich



Seite: 5  
Fläche: 77'726 mm²

Auftrag: 3007101  
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 76787964  
Ausschnitt Seite: 3/3

lard unterstützt einen Lösungsvorschlag, der auf dem Papier schon lange existiert: Die Kantone teilen sich in vier Gesundheitsregionen auf und bereiten sich gemeinsam auf Krisen vor. Duvillard: «In der Westschweiz ist die regionale Zusammenarbeit schon weit, nicht aber in der Deutschschweiz.» Der Rückblick auf die Pandemieplanung zeigt also: Die Schweiz hatte die richtigen Pläne erstellt, aber nicht konsequent umge-

setzt.

Duvillard, der Mann, der die Planung bis Ende Jahr hätte verfeinern sollen, räumt ein, dass auch er die Ausbreitung des Coronavirus unterschätzt habe: «Obwohl ich selber sehr nah an der Pandemieplanung dran war und Erfahrungen mit Krisen im Ausland hatte, ging ich bis im März davon aus, dass die Schweiz auch diesmal verschont werden wird.» Er nahm an der

für Bevölkerungsschutz teil, am 24. Februar, als erste Fälle in Italien auftauchten. Daniel Koch vom Bundesamt für Gesundheit, der inzwischen berühmt geworden ist, habe schon an dieser Sitzung betont: «Was heute gilt, gilt vielleicht schon morgen nicht mehr.» Duvillard erinnert sich: «Die meisten gingen aber davon aus, dass wir noch viel Zeit haben werden.»